

Tausende Lehrpersonen fehlen – in diesen Kantonen kommen nun Volksinitiativen

Kari Kälin / ch media

Julian Wermuth

Symbolbild.

Bild: Shutterstock

Tausende Lehrpersonen fehlen – in diesen Kantonen kommen nun Volksinitiativen

Bis 2031 werden allein auf der Primarstufe 13'000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Schon überbrücken Kantone Engpässe mit unqualifiziertem Personal. Jetzt geben die Lehrerverbände Gegensteuer - auch mit Volksinitiativen.

Es ist zum sommerlichen Ritual geworden: Medien schreiben sich die Finger wund zum Thema Lehrermangel. Kantone setzen auf Personen ohne Lehrdiplom, pensionierte Lehrkräfte, stocken Pensen auf und schrauben an der Klassengrösse oder streichen Förderlektionen, um die Problematik zu entschärfen. «Nur dank Improvisation und grossem Einsatz von Schulleitungen und Teams vor Ort wird sichergestellt, dass der Unterricht immer stattfindet», sagte Dagmar Rösler, Präsidentin des Dachverbandes der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH), am Donnerstag vor den Medien in Bern.

Das Dauerproblem Lehrermangel dürfte sich weiter zuspitzen. Gemäss den Bildungsperspektiven des Bundesamtes für Statistik werden bis 2031 allein auf der Primarstufe etwa 13'000 Lehrkräfte fehlen - weil nicht so viele junge Menschen eine pädagogische Ausbildung in Angriff nehmen, um den Bedarf zu decken. Der LCH will jetzt mit dem Aktionsplan Bildungsqualität Gegensteuer geben. Der Personalmangel könne damit zwar nicht beseitigt, aber gelindert werden, sagte LCH-Präsidentin Dagmar Rösler.

Mit dem Aktionsplan übernimmt der LCH eine koordinierende Rolle für verschiedene Aktivitäten, die den Bedürfnissen der kantonalen Lehrerverbände angepasst werden. Die Kernforderung lautet: Die Kantone sorgen auf allen Stufen flächendeckend für eine qualitativ hochwertige Bildung mit genügend qualifizierten Lehrerinnen und Lehrern; dafür sollen die Kantone die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Es geht also um eine Ausbildungsoffensive zur Behebung des Fachkräftemangels.

Bild: KEYSTONE

Bis jetzt beteiligen sich neun kantonale Lehrerverbände am Aktionsplan. In den Kantonen Aargau und Bern wollen die Verbände Anfang nächsten Jahres Volksinitiativen lancieren. «Es braucht Druck auf Verfassungsstufe, hohe Bildungsqualität hat ihren Preis», sagte Kathrin Scholl, Präsidentin des Aargauischen Lehrerinnen- und Lehrerverbands (alv) vor den Medien. Die Verbände in den Kantonen Nidwalden, Obwalden, Luzern, Schaffhausen, Schwyz und Graubünden versuchen, ihren Forderungen mit Petitionen und anderen politischen Mitteln Nachdruck zu verleihen. Beim Zuger Lehrerverband steht auch eine Initiative zur Debatte, ein Entscheid ist aber noch nicht gefallen.

Sorge um die Qualität

Am Ursprung der politischen Offensive des LCH steht die Sorge um die Bildungsqualität. Genährt wird sie durch die Tatsache, dass viele Kantone diplomlose Lehrpersonen engagieren, um die Lücken in den Klassenzimmern zu schliessen. Der LCH sei diesen Personen dankbar, dass sie in einer akuten Notsituation das Risiko auf sich nähmen, sagte LCH-Präsidentin Dagmar Rösler. Solch provisorische Lösungen dürften aber nicht zur Norm werden, weil eine Verwässerung den Anforderungen an den Beruf eine Abwärtsspirale in Gang setze - und letztlich dessen Attraktivität schmälere.

Im Kanton Bern unterrichten gut 15'000 Personen an der Volksschule. 2500 stünden ohne Qualifikation im Einsatz, viele andere seien unzureichend ausgebildet, etwa im heilpädagogischen Bereich, sagte Stefan Wittwer, Geschäftsführer von Bildung Bern. Und:

«Was würden wir zu 10 bis 20 Prozent unausgebildeten Buschauffeuren sagen? Was zu 10 bis 20 Prozent unausgebildeten Ärzten?»

Administrative Aufgaben verursachen Mehraufwand

Der LCH verlangt schliesslich ein ganzes Bündel an Massnahmen, um die Bildungsqualität zu sichern. Lehrerinnen und Lehrer sollen von administrativen Aufgaben entlastet werden, damit sie sich vermehrt dem Unterricht widmen können. Dafür brauche es mehr Ressourcen für die Schulleitungen.

Gefordert wird auch eine Reduktion der Lektionen für Klassenlehrer, kleinere Schulklassen, eine Ausbildungspflicht für Lehrpersonen ohne Diplom, mehr Ausbildungsplätze an den pädagogischen Hochschulen oder mehr Unterstützung beim Berufseinstieg.

Auch höhere Löhne sind ein Thema. Die Unterschiede zwischen den Kantonen seien stossend und führten dazu, dass sie sich gegenseitig Lehrkräfte abjagten. «Kantone mit tiefen Löhnen müssen nachziehen, insbesondere auf unteren Stufen, wo die Löhne nicht mehr den gestiegenen Anforderungen entsprechen», schreibt der LCH. (bzbasel.ch)

Ein bisschen Spass zum Auflockern: Design-Fails an Schulen:

1 / 43

Design-Fails in Schulen

Das Piktogramm könnte unter Umständen für Verwirrung sorgen.

quelle: reddit

«Die Eltern sind die schlimmsten» – Junger Lehrer packt aus

Video: watson/Aya Baalbaki